

# Armeniens Außenpolitik und das Konzept der „Remedial Sovereignty“

VON ROUBEN SHOUGARIAN



Rouben Shougarian

Die Außenpolitik und die Diplomatie der kleinen Staaten unterscheiden sich von der der größeren:

„Es wird allgemein angenommen, dass aufgrund der unterschiedlichen internationalen Kontexte, in denen kleine und große Staaten agieren, ihre Außenpolitik unterschiedliche Zwänge widerspiegeln wird. Der innerpolitische Druck wird mehr Bedeutung haben, um die außenpolitischen Entscheidungen von Staaten zu erklären, die weniger dem internationalen Umfeld ausgesetzt sind. Zum Beispiel argumentiert Jervis<sup>1</sup>, dass das Sicherheitsdilemma besonders akut für kleine Staaten ist, die es sich nicht leisten können, betrogen zu werden, und die Folgen von außenpolitischen Fehlern weniger wahrscheinlich abpuffern können. Anders als Großmächten fehlt es den kleinen Staaten an „Spielraum für Zeit und Irrtum“, wenn sie auf äußere Erfordernisse reagieren.“<sup>2</sup>

Armeniens Außenpolitik seit der Un-

abhängigkeit ging durch drei aufeinander folgende Stadien, die drei Präsidentenverwaltungen entsprachen. Der erste Präsident führte die Politik des *Gleichgewichts* ein, der die *Komplementaritätspolitik* des zweiten Präsidenten und die *proaktive* Außenpolitik der gegenwärtigen Regierung folgten. Es wird relevant sein, um darauf hinzuweisen, dass Armenien als ein sicherheitsbewusstes Land versucht hat, beim Aufbau der Beziehungen zu seinen geografischen Nachbarn und der Welt im Allgemeinen revolutionäre Veränderungen zu vermeiden. Denn der „Spielraum für Zeit und Irrtum“ war für das neu unabhängige Armenien von größter Bedeutung. Daher beruhte ihre Außenpolitik, unabhängig davon wie sie genannt wurde (*Gleichgewicht*, *Komplementarität* oder *proaktiv*), trotz gewisser wichtiger methodischer und operativer Unterschiede im Großen und Ganzen auf den Grundsätzen der Kontinuität und Abfolge.

Den Vektor der geopolitischen Orientierung Armeniens, seine Beziehungen zu Russland und dem Westen bedingen diese Prinzipien. Der gegenwärtige Zustand der Beziehungen zur Türkei und die Last der Genozid-Leugnung machen Armenien zu einem sicherheitsbewussten Land. Die wahrgenommenen Gefahren werden für Armenien angesichts der jüngsten heimischen Unruhen in der Türkei und der unvorhersehbaren außenpolitischen Anpassungen nach dem gescheiterten Putschversuch im vergangenen Juli zu realen, greifbaren Bedrohungen. Auf der anderen Seite, zusammen mit dem Berg-Karabach-Problem, dient der Zustand der Beziehungen zur Türkei als gemeinsamer Nenner für die Außenpolitik Armeniens, wann immer es notwendig ist, harte Entscheidungen zwischen Russland und dem Westen zu treffen. Es sollte jedoch betont werden, dass es immer offen war, internationale Vermittlungen zu akzeptieren, um die Beziehungen zur Türkei zu normalisieren und den Friedensprozess um Berg-Karabach zu fördern, unabhängig davon, wie radikal Armeniens Orientierungswahl in verschiedenen Perioden der Geschichte der dritten Republik zu sein scheint.

Armeniens Politik des Pragmatismus der frühen und Mitte der 1990er Jahre hätte definitiv funktioniert, wenn es nicht diese wichtigen Faktoren und Misserfolge gegeben hätte:

- Während in den ersten Jahren der

Unabhängigkeit Armenien erfolgreich die Grundlage für die Schaffung eines geeigneten Umfelds für eine mögliche geopolitische Alternative gelegt hatte, blieb die Grenze zur Türkei geschlossen. Die Tatsache, dass die Türkei, wie viele ihrer eigenen Diplomaten festgestellt haben, auch die einzigartige Chance verpasst hat und im Großen und Ganzen für das Scheitern der Normalisierung der bilateralen Beziehungen verantwortlich ist, macht es Armenien nicht leichter.

- Während der Krieg um Berg-Karabach gewonnen und ein dauerhafter Waffenstillstand etabliert wurde, wurde die Chance auf ein umfassendes Friedensabkommen oder zumindest einen greifbaren Durchbruch bei den Annäherungsgesprächen, als Armeniens Verhandlungsposition viel stärker war als heute, verpasst.

- Während sich die Beziehungen zu Washington und den europäischen Hauptstädten im Allgemeinen gut entwickelten, waren sie sehr langsam, um systemisch zu werden. Die Frage nach einer strategischen Agenda, die die lebenswichtigen Interessen Armeniens und seiner westlichen Partner klar definieren, verwalten und in Einklang bringen könnte, wurde nie ernsthaft angesprochen.

- Um eine solche pragmatische, zuweilen unpopuläre Politik erfolgreich durchführen zu können, die oft im Widerspruch zur traditionellen Denkweise stand, musste Armenien sein eigenes Haus absolut sauber halten. Rückschläge in Demokratie, schlechte Regierungsführung und niedriger Lebensstandard überschatteten die mutigen wirtschaftlichen und politischen Reformen der frühen 1990er Jahre immer wieder. Und obwohl bis 1997 die Energiekrise überwunden und das erste zweistellige Wachstum des BIP registriert worden war, ging das Vertrauen und die Unterstützung der Menschen für unkonventionelle Entscheidungsfindungen und eine pragmatische Politik verloren.

- Während die erste armenische Regierung anerkennenswerte Anstrengungen unternahm, um den Rahmen der geopolitischen Alternative für die Entwicklung des Landes zu skizzieren, scheiterte sie an einer grundsätzlicheren Frage, nämlich an der Neudefinition der nationalen Identität, auf der die Zukunft Armeniens aufgebaut werden sollte. Die Fragen, wohin Armeni-

1 S. Jervis, Robert, *Cooperation Under the Security Dilemma*, World Politics, 30 (1978), S. 172-3.

2 Elman, Miriam Fendius, *Foreign Policy of Small States: Challenging Neorealism in its own Backyard*, Cambridge University Press, 1995, <http://maihold.org/mediapool/113/1132142/data/Fendius.pdf>, (16.05.2014).

en kulturell gehört und welche kulturellen Verwandtschaften es hat, wurden nie ernsthaft diskutiert. Deshalb wurde die Europäisierung im weiteren Sinne des Wortes nie Gegenstand eines landesweiten Strebens, während die Integration in die europäische Architektur und die erfolgreiche Zusammenarbeit mit ihren Institutionen für die sukzessiven Regierungen der Armenier geschäftlich erfolgreich war, jedenfalls bis zum 3. September 2013. Dies ist einer der Gründe, warum es in Armenien nur wenige öffentliche Proteste und Massendemonstrationen gegen Präsident Sargsyans Entscheidung gab, das Assoziierungsabkommen mit der EU nicht zu unterzeichnen: „Leider haben nicht nur die Behörden den falschen Weg eingeschlagen, sondern auch die meisten Vertreter der Opposition plädierten für den Beitritt in die Zollunion.“<sup>3</sup>

• Während Armeniens Gleichgewichtspolitik in den ersten Jahren der Unabhängigkeit absolut gerechtfertigt war und dazu beitrug, unnötige Risiken zu vermeiden, begann das Land gegen Ende der 1990er Jahre das Zeitgefühl und die Fähigkeit, sich den Veränderungen im Rest der Welt anzupassen, zu verlieren. Angemessene Vorsicht erodierte allmählich und mündete in die Unfähigkeit, Verantwortung zu übernehmen und eine entscheidende Wahl in entscheidenden Momenten zu treffen. Die neue Komplementaritätsstrategie, die eine proaktivere Beteiligung Armeniens an der Diversifizierung und Vervielfachung der verschiedenen Komponenten der nationalen Sicherheitsagenda und der internationalen Beziehungen bedeutete, erwies sich als völlig asymmetrisch. Es wurde bald klar, dass Komplementarität nur dann sinnvoll sein könnte, wenn es zumindest einen gewissen Konsens zwischen russischen und amerikanischen Interessen im Südkaukasus und keine radikalen Widersprüche oder große Kompromisse zwischen Moskau und Washington in anderen außenpolitischen Fragen gab. Mit anderen Worten, diese Politik war zum Scheitern verurteilt, sobald Armenien letzten Endes den Schauplatz für seine geopolitische Orientierung wählen musste.

• Während unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion die vielseitige Diplomatie Armeniens eine im Ent-

stehen begriffene Außenpolitik war, sind Komplementarität und in jüngster Zeit die proaktive Außenpolitik allmählich zur bloßen Diplomatie geworden. Letztendlich beschränkte sie sich im Großen und Ganzen auf Öffentlichkeitsarbeit oder auf einen Anschein von politischer Aktivität ohne ihr zugrunde liegende Substanz.

• Die Jahre 1998-2008, als die Weltmächte sich mit einer langen Liste globaler Sicherheitsprobleme zu beschäftigen hatten und die Beziehungen zwischen den USA und Russland andere Prioritäten besaßen, war die Zeit, die es der armenischen Komplementarität ermöglichte, harte und verantwortungsbewusste Entscheidungen zu vermeiden. Die traditionelle Denkweise in der Außenpolitik, vor allem im Hinblick auf die Beziehungen zur Türkei, wurde heraufbeschworen, um die fehlende Entscheidungsfindung für Berg-Karabach zu füllen. Die strategische Frage der Anerkennung des Völkermordes und ihrer prioritären Einbeziehung in die außenpolitische Agenda wurde häufig für taktische Zwecke genutzt. Jedoch war das Jahrzehnt der bequemen Illusion nur für seine Zeitachse gut. Trotz der erfolgreichen Vermeidung schwerer diplomatischer Misserfolge erschöpfte die Komplementarität den größten Teil der bestehenden politischen Ressourcen und brachte daher die nächste armenische Regierung in eine schwierige Situation. Die schwere Last einer begrenzten Wahl für die Zukunft des Landes und die unvermeidliche Verantwortung, es zu einer Zeit zu machen, die definitiv weniger Optionen bieten würde, blieb den politischen Nachfolgern übrig.

• Man hörte auf, die Lösung der beiden wichtigsten Fragen auf Armeniens außenpolitischer Agenda, das Berg-Karabach-Problem und die Normalisierung der Beziehungen zur Türkei nicht mehr als die vorrangige Aufgabe der armenischen Regierung zu betrachten, man überließ sie den internationalen Vermittlern. Die Logik hinter einer solchen Ansatzänderung war die falsche Annahme, dass eine schnelle Lösung dieser Fragen für externe Akteure wichtiger war, während Armenien unbegrenzt auf ein besseres Geschäft warten könnte. Bemerkenswert ist, dass Aserbaidschan eine ähnliche Haltung bei den Karabach-Verhandlungen zeigte, was natürlich auf die langfristigen Vorteile des Ölfaktors zielte. So begannen beide Länder, das ungelöste Problem zwischen ihnen zu behandeln, als ob ihre Lösung von Dritten abhängig sei. Dies führte schließlich zu einer teilweisen Stagnation der OSZE-Minsk-Gruppe und des Verhand-

lungsprozesses.

• Die gleichen Argumente, die zu Beginn der Unabhängigkeit, insbesondere im Hinblick auf die Beziehungen zur Türkei, Sinn machten, erwiesen sich als unzureichend, als sie in die gegenwärtigen Verhandlungsposition Armeniens wieder eingebaut wurden, ohne diese an die neuen Realitäten anzupassen. Solche Argumente müssen im doktrinen Einklang mit dem Rest der außenpolitischen Agenda stehen. Sie sollten mit der Innenpolitik und der allgemeinen Vision des Landes bezüglich seiner Zukunft in Einklang gebracht werden. Andernfalls könnten sie irrelevant werden und mit der Vielzahl der regionalen und globalen Veränderungen sowie den innenpolitischen Problemen nicht abgestimmt sein.<sup>4</sup>

• Armeniens abwegiger Versuch, seine Verteidigung und Sicherheit durch Russland zu gewährleisten, während es gleichzeitig versuchte, die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Entwicklung des Landes mit der EU zu verbinden, war wie mit Wölfen auf die Jagd zu gehen und mit Hasen zu laufen. Auf der anderen Seite erwies sich die EU-Politik des „Entweder-Oder“ in den Verhandlungen über das Assoziierungsabkommen und DCFTA mit Armenien als schwach, da sie nicht in der Lage und nicht bereit war, dem Grad der Verpflichtung Russlands zu entsprechen.<sup>5</sup>

Um die unabhängige Staatlichkeit zu stärken und die bereits genannten subjektiven und objektiven Einschränkungen zu überwinden, muss Armenien eines der beiden wichtigsten Themen auf seiner außenpolitischen Agenda lösen: die Normalisierung der Beziehungen zur Türkei ohne politische Vorbedingungen oder dauerhaften Frieden beim Berg-Karabach-Problem mit Hilfe der internationalen Vermittler zu erzielen. Unter den gegenwärtigen geopolitischen Umständen ist die Lösung der ersten Aufgabe ohne die Abwicklung der zweiten nicht möglich. Im Rahmen der Karabach-Gespräche muss Armenien seine Verhandlungsposition vor dem Hintergrund der wachsenden regionalen Sicherheitsbedrohungen nach dem verheerenden Vier-Tage-Krieg, den Aserbaidschan im vergangenen

4 See also Shougarian, Rouben, *The Politics of Immaculate Misconception: The Ides of the Post-Secular Age*. Gomidas Institute, London, 2013.

5 See also Shougarian, Rouben, *Does Armenia Need a Foreign Policy?*, Gomidas Institute, London 2016.

3 Tert.am, Aravot: *Proponents of Armenia's Succession to the Customs Union Constitute the Majority*, 19. November 2013, <http://www.tert.am/en/news/2013/11/19/aravot>, (05.12.2013)

April führte, noch einmal überdenken und neu anpassen. Dazu müssen die traditionellen, widersprüchlichen Prinzipien des Völkerrechts, das Recht auf Selbstbestimmung und territoriale Integrität, im Einklang mit den entstehenden Normen der Konfliktlösung neu überdacht werden.

Während wir das Konzept der Souveränität in unseren stürmischen Zeiten neu überdenken, müssen uns zwei Dinge oder eher zwei politische Fallen bewusst sein: Bei der Beurteilung internationaler Konflikte sollten wir erstens doppelte Standards vermeiden und zweitens, oftmals dem ersten widersprechend, niemals die gegenwärtigen ethno-territorialen Probleme mit demselben Maßstab messen. Unter den ethnischen Konflikten auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion war der Berg-Karabach-Konflikt der blutigste und komplexeste. Er entwickelte sich ausgehend von einem lokalen Disput in den frühen 1990er Jahren zu einer ernsten regionalen Frage Mitte der 1990er Jahre und, neben dem, was die Vereinigten Staaten die Achse des Bösen nennen, nach dem 11. September zu einem globalen Sicherheitsproblem. Es war auch der einzige Konflikt, bei dem die Internationalisierung des Vermittlungs- und Verhandlungsformats sehr konkrete und greifbare Formen bekommen hat in Gestalt des KSZE/OSZE-Ko-Vorsitzes. Für eine lange Zeit erwies es sich als sehr effektiv, nicht nur, weil es erfolgreich die Roadmap und die Bedingungen für den dauerhaften Waffenstillstand im Jahr 1994 skizzierte, sondern auch, weil es zu einem einzigartigen Beispiel der russisch-amerikanisch-europäischen Zusammenarbeit in der ehemaligen Sowjetunion wurde. Natürlich ist das nie im Rahmen der Vermittlung des Konflikts in Transnistrien, Republik Moldau, geschehen, ganz zu schweigen von der Südossetien- und Abchasien-Frage, die allmählich in einen hitzigen russisch-amerikanischen Patt übergegangen ist.

Die jüngsten eurasischen Entwicklungen erlauben uns über verschiedene Formen der *remedial sovereignty* (*heilende/(ab)helfende Souveränität*) zu sprechen. Das, was die Umwandlung der Sowjetunion in die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) ermöglichte, war eine gegenseitig vereinbarte Trennung zwischen dem Machtzentrum und der Peripherie, die dazu beitrug, zwischenstaatliche Kollisionen zu vermeiden und internationalisierte Konflikte zu verhindern. Das Ergebnis war zum einen eine Kombination der De-jure-Souveränität für die ehemaligen Sowjetrepubliken und

zum anderen die De-facto-Unabhängigkeit für Osteuropa, das später teilweise in die EU integriert wurde. Dieses Ergebnis erwies sich jedoch einerseits nur für jene 15 Staaten geeignet, die bereits die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt hatten, um aus der Sowjetunion auszutreten, und andererseits für die Länder des Warschauer Pakts, die de jure immer unabhängig voneinander waren. Man kann auch über die viel komplexere und weit weniger friedliche Teilung Jugoslawiens in 6 Länder sprechen.



Fehlende internationale Anerkennung, weil zu erfolgreich auf dem Schlachtfeld?

Das Konzept der *remedial secession* (*heilende/(ab)helfende Abspaltung*) (man kann es als eine auftauchende internationale Norm als optionalen Teil der „Schutzverantwortung“ bezeichnen) hat im Kontext nicht anerkannter oder teilweise anerkannter ethno-territorialer Einheiten eine andere Konnotation. Hier muss die Souveränität überdacht werden. Das Beispiel des Kosovo ist sehr bemerkenswert. Womit wir uns hier beschäftigen, war die erste Einmischung und dann die *remedial recognition* (*heilende/(ab)helfende Anerkennung*) der Unabhängigkeit des Kosovo durch einen großen Teil der internationalen Gemeinschaft als einen Akt des physischen Schutzes seiner Bevölkerung. Dr. Richard Haas vom Council for Foreign Relations beschrieb es wie folgt: „Die NATO-Intervention im Kosovo war ein Beispiel, wo eine Reihe von Regierungen beschlossen, die Souveränität einer anderen Regierung (Serbien) zu verletzen, um ethnische Säuberung und Völkermord zu stoppen. Im Gegensatz dazu zeigt die Massentötung in Ruanda vor zehn Jahren und jetzt in Darfur im Sudan den hohen Preis, den man zahlt, wenn man die Souveränität als höchstes Gut betrachtet und wenig tut,

um die Abschichtung von Unschuldigen zu verhindern.“<sup>6</sup>

So paradox es auch klingen mag: Wäre die Befreiungsarmee des Kosovo auf dem Schlachtfeld erfolgreicher gewesen, hätten wir wahrscheinlich ein weiteres eingefrorenes und potenziell gefährliches ethnisches Problem geerbt, das in einem konstitutionellen Schwebezustand eingesperrt gewesen wäre. Die Souveränität des Kosovo wird nun durch international anerkannte Grenzen geschützt und definiert. Was Südossetien

und Abchasien betrifft, so ist ihre Anerkennung auf wenige Länder beschränkt. Mit gewissen Vorbehalten könnte es auch dem Muster der „Schutzverantwortung“ entsprechen, wie im Fall von Südossetien, wo es eine klare und vorhandene Gefahr ethnischer Säuberungen zu geben schien.

Besonders interessant ist der Fall von Berg-Karabach. Im Unterschied zur Befreiungsarmee des Kosovo und der südossetischen Miliz haben seine Selbstverteidigungskräfte im ersten Krieg mit Aserbaidschan die Oberhand gewonnen, aber der Preis für den selbst verwirklichten militärischen Sieg und die Fähigkeit, ethnische Säuberung aus eigener Kraft zu vereiteln, war das Fehlen der internationalen Anerkennung und der „Schutzverantwortung“, teilweise kompensiert durch den wackligen Status quo, der durch die von der OSZE unterstützten Verhandlungen aufrechterhalten

<sup>6</sup> Haas, Richard, State sovereignty must be altered in globalized era, Taipei Times, Feb.21, 2006, <http://www.taipetimes.com/News/editorials/archives/2006/02/21/2003294021/2> (29.10.2016).



wird. In solchen Fällen wird das Konzept der beanspruchten Souveränität einer nicht anerkannten ethno-territorialen Einheit nicht durch administrative, sondern durch verteidigungsfähige Grenzen definiert. Die internationale Verantwortung für den Schutz wird durch die Verantwortung der Verhinderung ersetzt, während der künftige Status der Souveränität an die Lage vor Ort angepasst werden muss.

Im Zeitalter der Unipolarität ist eines der Probleme mit neu anerkannten, teilweise anerkannten oder de facto unabhängigen ethno-territorialen Einheiten das Fehlen von leicht zugänglichen supranationalen Institutionen, in denen die neu gewonnene Souveränität eingelöst werden kann. Das Konzept der Souveränität muss im Einklang mit den aufkommenden Normen des Völkerrechts, den Fakten vor Ort und dem neu konfigurierten Gleichgewicht der Weltmacht neu überdacht und neu definiert werden. Die viertägige aserbaidische Aggression gegen Berg-Karabach und Armenien im vergangenen April war beispiellos. Ein solcher Grad an Gewalt war seit dem Waffenstillstand von 1994 nicht gesehen worden. Die neue Offensive ist nahe dran, in einen vollwertigen Krieg mit unvorhersehbaren Folgen für die Region und die globale Sicherheit insgesamt überzugehen. Der umfangreiche Einsatz von schwerer Artillerie und Kampfflugzeugen bezeugen dies. Während die Forderungen der drei Ko-Vorsitzenden der OSZE-Minsk-Gruppe, darunter auch die USA, an die drei Konfliktparteien bislang rechtzeitig, diplomatisch gerechtfertigt und relevant waren, fordert die derzeitige Situation ein viel entschlosseneres und differenzierteres Vorgehen. Es gibt kein Raum mehr für die künstliche Parität, die in der Vergangenheit von der Mediationstechnik und der Logik des Friedensprozesses geprägt worden war.

Dies ist das erste Mal seit Beginn des Konflikts, dass eine Partei, Aserbaidschan, offen zugab, dass sie die Offensive begonnen hatte. Die unverhohlenen offenen Angriffe und die wahllose Auswahl der Ziele unter der Zivilbevölkerung sowie die dokumentierten Gräueltaten in den eroberten Dörfern haben den Zweck, den Friedensprozess zu untergraben und die Verhandlungen aus dem OSZE-Format zu entgleisen. Daher richtete sich die Apriloffensive nicht nur gegen Karabach und Armenien, sondern auch gegen die drei Co-Vorsitzenden der OSZE-Minsk-Gruppe - die USA, Russland und Frankreich.

Die armenische Seite stand völlig hinter

den Co-Vorsitzenden der Minsk-Gruppe, da sie nicht nur das geeignetste Verhandlungsformat ist, sondern auch über ein unschätzbare institutionelles Gedächtnis und diplomatische Erfahrungen über alle Stufen des Friedensprozesses verfügt. In dieser Situation sollten die regionalen Akteure, insbesondere die Türkei, aufgefordert werden, Zurückhaltung zu üben und ihren Einfluss auf Aserbaidschan zu nutzen, um dieses nicht zu einer weiteren Eskalation zu ermutigen, sondern um Präsident Alijew an den Verhandlungstisch zu bringen. Die Republik Armenien, die während des gesamten Friedensprozesses ihren guten Willen an den Tag legte, verzichtete darauf, Berg-Karabach als unabhängigen Staat anzuerkennen, um dem künftigen Status dieser ethno-territorialen Einheit vor dem endgültigen Ergebnis der Verhandlungen nicht vorzugreifen. Sollte die andauernde Bedrohung der physischen Sicherheit der Menschen von Berg-Karabach zu einer *klaren* und *aktuellen* Gefahr werden, müssten die armenischen Behörden auf eine *remedial recognition* (*heilende/(ab)helfende Anerkennung*) zurückgreifen, wie die internationale Gemeinschaft auf die Ereignisse im Fall von Kosovo reagierte.

Mit so vielen terroristischen Bedrohungen für die globale Sicherheit in Syrien und im Irak - nur 400 Meilen vom Südkaukasus entfernt, und angesichts der Berichte, wonach Aserbaidschan Söldner aus den Reihen der „Grauen Wölfe“ und des „ISIS“ angeworben habe, um an der Front zu kämpfen, ist es von allergrößter Bedeutung, schnell zu handeln und dauerhaften Frieden zu schaffen.

Unter Berücksichtigung der globalen und regionalen Sicherheitsbedrohungen ist es unbedingt erforderlich, dass die USA und Europa entschlossen handeln, eng mit Russland kooperieren, um die Region auf den Weg zum Frieden zu bringen.

Sollte dies geschehen, könnte das sicherheitsbewusste Armenien schließlich anfangen, seine außenpolitische Agenda und seine geopolitische Orientierung nicht an der Abwehr von unmittelbaren Sicherheitsbedrohungen, sondern an seinen strategischen Zielen auszurichten.

Aus dem Amerikanischen von RAFFI KANTIAN

**Zur Person:** Rouben Shougarian war lange Jahre Botschafter der Republik Armenien in den USA. Gegenwärtig lehrt er an der Fletcher School of Law and Diplomacy, Tufts University, Boston, USA.